



Tierhaltung stärken – Zukunft sichern

Ernährungssicherheit und heimische Erzeugung stärken

Globale Krisen verdeutlichen die Bedeutung einer leistungsfähigen heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit. Hohe Kosten, fehlende Planungssicherheit, Bürokratie und zunehmende Regulierung gefährden jedoch die Wettbewerbsfähigkeit. Der BRS fordert daher, Ernährungssicherheit stärker in den politischen Fokus zu rücken. Auch die GAP nach 2028 muss die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln stärker berücksichtigen. Die Leistungen der Tierhaltung – von der Lebensmittelproduktion über die Grünlandnutzung bis zur Stärkung regionaler Nährstoffkreisläufe und ländlicher Räume – müssen in den Förderinstrumenten angemessen honoriert werden.

THKG auf den Prüfstand oder aussetzen

In Bezug auf das THKG verweist der BRS auf die ausführliche Stellungnahme der Verbändeallianz und fordert dementsprechend eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes. Falls dies nicht möglich ist, fordert er eine Aussetzung desselben.

Schweinehaltung absichern

Die deutsche Sauenhaltung steht vor erheblichen, gesetzlich bedingten Investitionen. Die Aufstockung des Bundesprogramms „Umbau Tierhaltung“ reicht für eine langfristige Transformation nicht aus. Der BRS fordert daher eine verlässliche Investitionsförderung und eine tragfähige Perspektive für die Sauenhaltung. Für bestehende Abferkelbuchten und funktionsfähige Stallanlagen braucht es Bestandschutz oder deutlich längere Übergangsfristen. Bereits getätigte Investitionen müssen anerkannt werden, um einen weiteren Rückgang der heimischen Ferkelerzeugung, steigende Importe und den Verlust regionaler Wertschöpfung zu verhindern.

Einheitliche Regeln statt Wettbewerbsverzerrungen

Grundlegende Tierschutzfragen wie Anbindehaltung, Qualzucht und Tiertransporte müssen bundesweit, möglichst europaweit, einheitlich geregelt werden. Unterschiedliche Vorgaben verzerren den Wettbewerb und erschweren Investitionsentscheidungen. Neue Regelungen brauchen ausreichende

Übergangsfristen, eine realistische Finanzierung und praxistaugliche Genehmigungsverfahren.

Regionalisierung und Veterinärabkommen voranbringen

Die Wiederöffnung wichtiger Absatzmärkte für Schweinefleisch und verlässliche Exportbedingungen für Rindersamen sind für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tierhaltung entscheidend. Die Verhandlungen über Regionalisierungsabkommen und Veterinärzertifikate müssen konsequent fortgeführt werden, damit lokale Tierseuchenausbrüche nicht den Export des gesamten Bundesgebiets blockieren.

Wolf im Bundesjagdgesetz: Einheitliche Managementpläne erforderlich

Seit dem 2. April 2026 ist der Wolf im Bundesjagdgesetz verankert. Die Aufnahme in das Jagdrecht ist aus Sicht der Nutztierhaltung ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist eine einheitliche Umsetzung in den Ländern, damit kein Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen entsteht. Der BRS fordert deshalb bundesweit einheitliche Kriterien und Rahmenbedingungen für Managementpläne. Die Bewertung von Wolfsbeständen, der Umgang mit Nutztier Risiken und die Voraussetzungen für Entnahmen müssen nach vergleichbaren Maßstäben erfolgen. Nur so können Rechtssicherheit und verlässliche Bedingungen für Weidetierhalter gewährleistet werden.